



Die Schweiz im aktuellen Standort-Check Leichter Aufwärtstrend nach längerem Stillstand

In der ersten Jahreshälfte 2006 liegt die Schweiz im internationalen Standort-Ranking weiterhin im oberen Mittelfeld. Im Erfolgsindex, der die Fortschritte des Landes in den Bereichen Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung misst, erreichte die Schweiz mit 93,1 Punkten Platz 9. Besser sieht es beim Aktivitätsindex aus, der die wichtigsten Erklärungsgrößen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungssituation zusammenfasst. Hier liegt das Land mit 99,6 Punkten auf Rang 4 von insgesamt 21 betrachteten Industrienationen, nur zwei Punkte von Platz 1 entfernt.

Damit konnte im Jahr 2006 erstmalig wieder der absteigende Trend der letzten Jahre durchbrochen werden.

Nachdem die Schweiz die 100-Punkte-Grenze im Erfolgsindex 1999 nur knapp verfehlt hatte, war sie danach langsam, aber kontinuierlich bis auf knapp 92 Punkte im Jahr 2005 abgefallen. Diese Negativentwicklung im Erfolgsindex wurde nun beendet. Im Aktivitätsindex pendelt die Punktzahl seit Jahren um die 100-Punkte-Marke, mit mehr oder weniger geringen Ausschlägen nach oben und unten.

Geringes Wachstum wirkt negativ auf Einkommensentwicklung

Besonders erfreulich ist der Blick auf die Schweizer Arbeitslosenquote. Sie wird im Jahr 2006 (nach OECD-Methode standardisiert) 4,5 Prozent betragen, ähnlich wie im Nachbarland Österreich und deutlich geringer als in Deutschland. Im

historischen Kontext sieht die Entwicklung allerdings nicht mehr ganz so positiv aus: Noch im Jahr 2000 herrschte bei einer Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent nahezu Vollbeschäftigung. Dementsprechend sind in der Schweiz seit einigen Jahren auch nicht mehr die deutlichen Zuwächse der Erwerbstätigenzahl von früher zu verzeichnen, vielmehr werden seit einigen Jahren Rückgänge oder bestenfalls Stagnation registriert. Die Wachstumsrate des Produktionspotenzials bleibt ebenfalls seit Jahren hinter dem Durchschnitt der OECD-Länder zurück; aktuell liegt sie mit 1,4 Prozent auf vergleichbar niedrigem Niveau wie in Deutschland. Langsam macht sich diese Wachstumsschwäche auch in der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens bemerkbar. Lag es Anfang der 1990er Jahre noch um 30 Prozent und mehr über dem Durch-

Erfolgsindex* Frühjahr 2006

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2005			DIFFERENZ
1	Irland (+/-)	111,0	-1,0
2	USA (+/-)	106,9	0,7
3	Norwegen (+/-)	105,6	-0,3
4	Australien (+/-)	103,0	-0,8
5	Neuseeland (+/-)	102,8	-0,4
6	Großbritannien (+/-)	98,6	0,1
7	Österreich (+/-)	96,5	0,0
8	Kanada (+/-)	95,4	0,4
9	Schweiz +1	93,1	0,5
10	Niederlande +1	92,5	1,8
11	Schweden +1	91,4	1,4
12	Dänemark -3	91,2	-1,7
13	Japan (+/-)	86,9	1,1
14	Spanien +2	85,3	5,1
15	Griechenland -1	79,4	-2,6
16	Belgien -1	77,5	-3,0
17	Finnland (+/-)	75,2	-4,8
18	Italien +2	71,5	1,4
19	Frankreich (+/-)	71,1	0,6
20	Portugal -2	67,0	-5,0
21	Deutschland (+/-)	65,9	-1,1

* Der Erfolgsindex gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft aktuell hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung (gemessen an Arbeitslosenquote und Erwerbstätigenzuwachs) und Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Potenzialwachstum) ist.

Die Bertelsmann Stiftung hat im Herbst 2004 erstmals das Internationale Standort-Ranking veröffentlicht, das die Entwicklung der 21 wichtigsten Industrienationen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung ausführlich vergleicht und bewertet. Der hier vorgelegte „Standort-Check Schweiz“ schreibt die Ergebnisse dieser Studie für die Schweiz fort. Der Standort-Check wird regelmäßig aktualisiert und prüft, ob die Schweiz bei den wesentlichen Erfolgs- und Aktivitätsgrößen des Internationalen Standort-Ranking Fortschritte gemacht hat oder zurückgefallen ist.

schnitt der im Standort-Check betrachteten Staaten, so ist dieser Vorsprung aktuell auf 13 Prozent gesunken. Setzt sich dieser Trend fort, werden Länder wie Großbritannien oder auch Österreich in wenigen Jahren an der Schweiz vorbeiziehen. Diese Entwicklungen erklären maßgeblich das nur mittelmäßige Abschneiden auf Rang 9 im Erfolgsindex.

Schuldenbremse stoppt Anwachsen des staatlichen Defizits

Auch auf anderen Feldern hat die Schweiz einiges von ihrer komfortablen Ausgangslage – im Jahr 1998 lag man noch auf Rang 2 des damaligen „Internationalen Beschäftigungs-Ranking“ – verspielt. Dies gilt vor allem in bezug auf den Finanzhaushalt des Staates. Die Staatsverschuldung ist innerhalb der letzten 15 Jahre um 25 Prozentpunkte gestiegen (von knapp 30 Prozent im Jahre 1990 auf 55,6 Prozent 2004). Allerdings hat man hier zunächst richtig reagiert: Um einen weiteren Anstieg zu vermeiden, wurde im Jahr 2001 die so genannte Schuldenbremse auch auf Bundesebene verbindlich eingeführt, wie sie in einzelnen Kantonen schon länger existiert. Damit wurde festgeschrieben, dass über einen Konjunkturzyklus hinweg insgesamt nicht mehr ausgegeben als eingenommen werden darf. Dies bedeutet nicht, dass der Staatshaushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein muss, jedoch müssen entstandene Defizite im nächsten Konjunkturaufschwung sofort wieder ausgeglichen werden. Unter der Annahme einer stetig wachsenden Wirtschaft geht dann die Verschuldungsquote stetig zurück.

Flexibler Arbeitsmarkt

Als insgesamt vorbildhaft ist die Organisation des Schweizer Arbeitsmarktes zu bezeichnen. Er ist von einer hohen Flexibilität gekennzeichnet. Ein Indiz dafür ist z.B. die mit knapp 25 Prozent sehr hohe Quote der Teilzeitbeschäftigung im Land. Des Weiteren beträgt die gesetzliche Kündigungsfrist höchstens drei Monate. Gerichtliche Auseinandersetzungen um Abfindungen sind daher selten, und entlassene Arbeitnehmer finden relativ schnell wieder eine neue Anstellung. Dazu tragen auch die kommunalen Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bei, die sich intensiv um die Vermittlung von Stellensuchen-

den kümmern. Daneben nimmt die Stellenvermittlung durch Private in der Schweiz seit jeher einen großen Raum ein. Dennoch konnte beim jüngsten Anstieg der Arbeitslosenquote nicht verhindert werden, dass gleichzeitig auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der Schweiz anstieg. Im Jahr 2004 waren 33,5 Prozent aller Arbeitslosen ein Jahr und länger ohne Beschäftigung, während dies im Durchschnitt der im Standort-Check betrachteten Länder nur 30,3 Prozent betraf.

Workfare statt Welfare

Für die im internationalen Vergleich dennoch recht niedrige Arbeitslosenquote sind auch die relativ starken Anforderungen an Arbeitslose verantwortlich. Zwar werden vergleichsweise hohe Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit gezahlt, bis zu 80 Prozent des letzten Gehalts. Die maximale Bezugsdauer liegt dafür bei lediglich 150 Tagen, was für die Stellensuchenden von Anfang an Anreize zur Arbeitssuche und -aufnahme setzt. Nach Ablauf dieser Frist wird die Unterstützung nur dann weitergezahlt, wenn der Arbeitslose an einer Qualifizierungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahme teilnimmt. Außerdem ist er verpflichtet, sich aktiv um eine Stelle zu kümmern. Einen passenden Job muss er auch dann annehmen, wenn dies Gehaltseinbußen von bis zu 30 Prozent im Vergleich zum letzten Salär bedeutet. Man orientiert sich dabei am so genannten „workfare“-Konzept, wonach staatliche Unterstützung an die Bedingung der Aufnahme einer Arbeit gebunden ist. Für den Fall, dass der neue Lohn unter dem bisherigen Arbeitslosengeld liegt, gleicht der Staat die Differenz durch einen direkten Zuschuss an den Arbeitnehmer fast vollständig aus. Dies sorgt für eine schnelle Wiedereingliederung der Arbeitslosen und hat den Vorteil, dass für sie der Kontakt zur Arbeitswelt nicht verloren geht. Für die Arbeitslosenversicherung ist der Zuschuss günstiger, als weiterhin die volle Unterstützung zu zahlen. Folgerichtig beträgt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung in der Schweiz nur zwei Prozent des Bruttoentgelts, was die Lohnnebenkosten niedrig hält. Hier steht allerdings aufgrund der gestiegenen Arbeitslosenzahlen demnächst eine leichte Beitragserhöhung an.

Krankheitskosten belasten Arbeitsmarkt nicht

Zur Entlastung des Faktors Arbeit trägt ebenfalls die Gestaltung der Schweizer Krankenversicherung bei. Die Versicherten zahlen dabei eine einheitliche Kopfpauschale, für die sie eine Basisabsicherung erhalten. Die Versicherer bieten diverse Zusatzleistungen an, für die sich die Versicherten freiwillig entscheiden können. Die Beiträge zur Kopfpauschale sind nach Altersgruppen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) und Regionen gegliedert, enthalten Selbstbeteiligungen und tragen in ihrer Summe zwei Drittel der Gesamtkosten für die Grundsicherung. Der Rest wird aus Steuermitteln finanziert, was durch die Progression in den Steuersätzen dem Solidaritätsgedanken Rechnung trägt. Die Arbeitgeber müssen keine Beiträge zahlen. Freilich ist auch dieses System nicht gänzlich frei von Problemen: Aufgrund der Inflation, des medizinisch-technischen Fortschritts sowie des demografischen Wandels steigt auch die Höhe der Kopfpauschalen von Jahr zu Jahr an, aktuell um ca. 6 Prozent. Bei steigenden Kosten nehmen inzwischen mehr als ein Drittel der Schweizer Zuschüsse in Anspruch, die der Staat Bedürftigen zur Bezahlung der Pauschalen gewährt. Jedoch wirken sich auch Erhöhungen der Kopfpauschalen nicht nachteilig auf die Arbeitskräftenachfrage aus, da die Brutto Lohnkosten davon nicht berührt sind.

Hohe Erwerbsbeteiligung aller Altersgruppen

Nicht zuletzt deshalb erreicht die Schweiz die höchste Erwerbsquote, die unter den 21 hier betrachteten Staaten gemessen wurde: Insgesamt nahmen im Jahr 2005 86,4 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter auch am Erwerbsleben teil, mehr als 15 Prozentpunkte über dem Durchschnitt in der OECD. Auch bei den älteren Arbeitskräften weist die Schweiz eine hohe Beschäftigungsquote auf. Die Schweiz ist dabei eines der wenigen Länder, in denen das gesetzliche Renteneintrittsalter auf annähernd gleicher Höhe mit dem tatsächlichen Eintrittsalter liegt – Frührentenversicherungen sind im internationalen Vergleich selten. Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich zudem auf einem niedrigen Niveau – sicherlich auch ein Resultat der dualen Berufsausbildung,

Aktivitätsindex* Frühjahr 2006

Veränderung des Ranges; Aktueller Punktwert und Veränderung der Punktwerte zum Herbst 2005

			DIFFERENZ	
1	Australien	+2	101,8	1,4
2	Norwegen	(+/-)	99,9	-1,6
3	Neuseeland	-2	99,8	-3,1
4	Schweiz	(+/-)	99,6	-0,5
5	Irland	(+/-)	96,0	0,0
6	Niederlande	+6	94,6	5,0
7	Dänemark	+2	94,0	2,7
8	USA	-2	93,6	0,7
9	Kanada	+1	92,6	1,4
10	Japan	-2	89,9	-1,5
11	Großbritannien	-4	89,6	-2,6
12	Spanien	+1	88,3	1,2
13	Schweden	+6	84,3	4,4
14	Finnland	+1	84,0	1,6
15	Österreich	-4	82,3	-7,6
16	Deutschland	(+/-)	82,2	0,9
17	Portugal	-3	81,6	-2,0
18	Griechenland	(+/-)	80,3	-0,3
19	Belgien	+1	79,7	1,4
20	Frankreich	-3	76,9	-4,1
21	Italien	+/-	69,5	4,9

*Der Aktivitätsindex resultiert aus den maßgeblichen Einflussgrößen für Wachstum und Beschäftigung und dient als Frühindikator für den Erfolg wirtschaftspolitischen Handelns. Der Index umfasst 12 Variablen: Altersarbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote jeweils in Abweichung von der allgemeinen Arbeitslosenquote, Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, Partizipationsrate am Arbeitsmarkt, Staatsanteil am BIP, Anteil der Staatsverschuldung am BIP, marginale Belastung mit Steuern und Abgaben von Geringverdienenden, Auslastung der Produktionskapazitäten, Investitionsanteil am BIP, Umfang der Teilzeitbeschäftigung, Ausmaß der Lohnzurückhaltung und Streikquote.

Quelle: Standort-Check Schweiz, Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung

welche sowohl Praxisnähe als auch theoretisches Rüstzeug vermittelt. Erfreulich ist auch, dass der Staat sich aus dem Wirtschaftsgeschehen weitgehend zurückhält: Die Staatsquote liegt bei weit unterdurchschnittlichen 36,5 Prozent. Privatwirtschaftlicher Initiative und Investitionen wird damit ausreichend Spielraum zur Entfaltung gelassen.

Zu dem dennoch nur mittelmäßigen Abschneiden im Standort-Check hat auch beigetragen, dass die Schweiz seit Jahren unter einer nicht unproblematischen Wachstumsschwäche leidet. Zudem bleibt das tatsächliche BIP dauerhaft hinter dem Produktionspotenzial zurück. Dafür mitverantwortlich ist sicher auch die andauernde wirtschaftliche Schwäche des größten Handelspartners Deutschland, der ein Drittel aller Ausfuhren der Schweiz abnimmt. Auch wurde der langsame Produktivitätsanstieg der vergangenen Jahre trotz dezentraler Lohnverhandlungen oftmals negiert, was überhöhte Gehaltssteigerungen zur Folge hatte.

Fehlender Wettbewerbsdruck durch abgeschottete Märkte

Ein weiterer, wenngleich zentraler Grund ist die mangelnde Offenheit der Schweizer Märkte. In einigen Bereichen

fehlt es an Konkurrenz durch ausländische Firmen, was in mangelndem Wettbewerbsdruck, Effizienzverlusten und Monopolisierungstendenzen mündet. So harren insbesondere der Gas- und der Elektrizitätsmarkt einer Liberalisierung. Durch die Abschottung mancher Schweizer Gütermärkte können sich die Vorteile der Globalisierung nicht voll entfalten. Dabei könnte gerade die Schweiz als Hochtechnologie- und gut ausgebildeten Arbeitskräften und einer hervorragenden Infrastruktur in besonderem Maße von ihr profitieren. Auch wenn die jüngsten Ölpreissteigerungen aufgrund eines recht hohen Anteils der Wasserkraft an der Schweizer Stromerzeugung nicht voll auf die Energiepreise durchgeschlagen haben, liegt das allgemeine Preisniveau um ca. 40% über dem EU15-Durchschnitt. Zudem wird die Agrarwirtschaft immer noch durch großzügige Subventionen und Marktzutrittsbarrieren geschützt, was die Lebensmittelpreise zum Nachteil der Verbraucher in die Höhe treibt.

Die Durchsetzung mancher eigentlich notwendiger, aber unpopulärer Reformen wird außerdem durch die föderalistische Referendumsdemokratie in der Schweiz behindert. Schließlich müssen viele Gesetze nicht nur den Weg durch das Parlament, sondern auch durch die

Referenden finden. Dem Einfluss von Lobbygruppen, die Partikularinteressen verteidigen, ist damit Tür und Tor geöffnet. Dass Volksabstimmungen allerdings auch ihre gute Seite haben können, zeigte die Einführung der Schuldenbremsen im Jahr 2001: In Deutschland wäre eine verfassungsrechtliche Selbstverpflichtung der Politik zur Schuldenvermeidung nur in einer Großen Koalition denkbar.

Um die alten Spitzenpositionen im Standort-Check zurückzuerobern, muss die Schweiz vor allem mehr Wettbewerb auf ihren Märkten zulassen, auch gegen den Widerstand betroffener Kantone und Industrien. Nur dann kann sich die notwendige Dynamik entfalten, die das Land wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad hebt. Auch in der Krankenversicherung sind mehr Wettbewerbselemente notwendig, wenn die Pauschalen nicht weiter mit der bisherigen Geschwindigkeit steigen sollen. Die Schweiz darf daher nicht den Fehler machen, sich auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen, bis der Leidensdruck schließlich zu groß wird. Der Blick über die Grenze nach Deutschland sollte Warnung genug sein, es gar nicht erst soweit kommen zu lassen.

Zusammensetzung des Standort-Checks

Maßstab für die wirtschaftliche Beurteilung eines Landes im Internationalen Standort-Ranking, wie auch im Standort-Check der Bertelsmann Stiftung ist zum einen der „Erfolgsindex“, zum anderen der „Aktivitätsindex“. Ersterer gibt an, wie erfolgreich eine Volkswirtschaft in Bezug auf Arbeitsmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den anderen Ländern ist. Ergänzend dazu erfasst der Aktivitätsindex wichtige Erklärungsgrößen für die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Die beiden Indizes setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

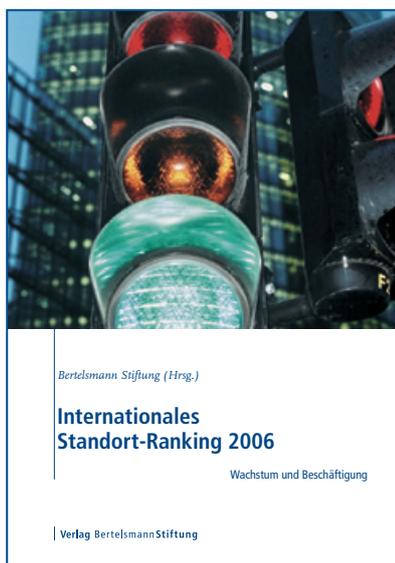
Erfolgsindex	Aktivitätsindex		
Beschäftigung:	Arbeitsmarkt:	Konjunktur und Staat:	Wirtschaft und Tarifparteien:
Arbeitslosenquote (-) Erwerbstätigenzuwachs (+)	Langzeitarbeitslosigkeit* (-) Jugendarbeitslosigkeit** (-) Altersarbeitslosigkeit** (-) Partizipationsrate (+)	Staatsanteil am BIP (-) Staatsverschuldung (-) Grenzabgabenbelastung (-) Konjunktur (+)	Investitionsanteil am BIP (+) Teilzeitbeschäftigung (+) Lohnzurückhaltung (+) Streikquote (-)
Wachstum:	*) Anteil an allen Arbeitslosen **) Differenz zu allgemeiner Arbeitslosenquote		
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (+) Potenzialwachstum (+)			

[Bewertung bzw. Wirkungsrichtung in Klammern, (+) = positiver Einfluss (-) = negativer Einfluss]

Zur Veranschaulichung der Ergebnisse werden die Originaldaten in Punktwerte zwischen 0 und 120 umgerechnet, wobei 120 den besten, nur theoretisch erreichbaren Wert darstellt. Benchmark für jede Einzelgröße ist der Mittelwert der jeweils besten drei Länder in dem betreffenden Jahr. Der erreichte Punktwert jedes einzelnen Landes ergibt sich jeweils daraus, wie weit das betreffende Land von diesem

Benchmark entfernt ist. Maßstab hierfür ist die Standardabweichung, also die durchschnittliche Streuung der Länderwerte um die betreffende Kenngröße. Die Punktwerte werden danach wie folgt eingeteilt:
- ungefährdeter oder „grüner“ Bereich (100 bis 120 Punkte): Die Abweichung des entsprechenden Landes vom Benchmark beträgt nicht mehr als die einfache Standardabweichung.

- Warnbereich oder „gelber“ Bereich (80 bis 100 Punkte): Das Land liegt um mehr als die einfache, aber weniger als die doppelte Standardabweichung unter dem Durchschnitt der besten drei Länder.
- Alarmbereich oder „roter“ Bereich (unter 80 Punkte): Das Land liegt um mehr als die zweifache Standardabweichung unter dem Benchmark der besten drei Länder.



Das Internationale Standort-Ranking vergleicht die 21 wichtigsten Industrienationen in den Zielbereichen Arbeitsmarkt und Wachstum. Auf Basis neuester OECD-Daten werden dazu für jedes der 21 Länder ein Erfolgs- und ein Aktivitätsindex berechnet.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
**Internationales
Standort-Ranking 2006
Wachstum und Beschäftigung**

erscheint im Oktober 2006
ca. 200 Seiten, Broschur
ca. 25,- € / sFr. 43,80
ISBN 3-89204-887-8

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh
Tel.: 05241 8181-581, Fax: 05241 8181-982
www.bertelsmann-stiftung.de

Ansprechpartner:

Eric Thode
eric.thode@bertelsmann.de
Dr. Thorsten Hellmann
thorsten.hellmann@bertelsmann.de

Autoren:

Prof. Dr. Ulrich van Suntum
vansuntum@insiwo.de
Dipl.-Volksw. Christian Dorenkamp
dorenkamp@insiwo.de

Gestaltung:

Nadine Humann
nadine.humann@bertelsmann.de

Druck: Höner Druck, Gütersloh